

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Barbara Höll, Cornelia Möhring, Agnes Alpers, Dr. Dietmar Bartsch, Dr. Rosemarie Hein, Stefan Liebich, Dr. Petra Sitte, Halina Wawzyniak und der Fraktion DIE LINKE.

Zur Akzeptanz der sexuellen Vielfalt an Schulen und Berufsschulen

Die sexuelle Vielfalt in der Gesellschaft wird in der Bundesrepublik Deutschland längst nicht von allen Menschen akzeptiert. Häufig bestimmen Vorurteile und Diskriminierungen den Alltag von Menschen, die nicht der heterosexuellen Norm entsprechen. Diskriminierungen gegenüber Kindern und Jugendliche wirken in besonderer Weise, denn sie treffen Menschen, die sehr verletzbar sind.

In der Schule und in den Berufsschulen lernen Kinder und Jugendliche die Vielfalt der Gesellschaft im täglichen Umgang kennen. Die sexuelle Entwicklung und die Pubertät finden im sozialen Umfeld der Schule statt. Das Schulklima ist ein Gradmesser für den Status quo der Sexualerziehung. Gerade hier muss konstatiert werden, dass alle bisherigen Anstrengungen im Ergebnis nicht ausreichend waren, um einen nachhaltigen Effekt zu erzielen (vgl. Jösting, Einarbeitungsprozesse männlicher Jugendlicher in die heterosexuelle Ordnung, in: Hartmann u. a. (Hrsg.), Heteronormativität. Empirische Studien zu Geschlecht, Sexualität und Macht, Wiesbaden 2007). Beschimpfungen mit homo- und transphoben Tenor (wie z. B. „schwule Sau“) gehören zum Umgangston auf den Schulhöfen und in den Klassenzimmern.

Nach Einschätzungen von Expertinnen und Experten gehören Einschüchterung, Ächtungen und Ausgrenzung, aber auch körperliche Angriffe zu den Erfahrungen von lesbischen, schwulen, transsexuellen, transgender und intersexuellen (LSBTI) Jugendlichen (vgl. www.spiegel.de).

Auch den Lehrkräften fehlt es häufig an einer ausreichenden Sensibilität für die Probleme von LSBTI-Jugendlichen. Im Unterricht aber auch Unterrichtsmaterialien werden LSBTI-Lebensweisen verschwiegen (s. Takacs, Social exclusion of young LGBT People in Europe, Brüssel 2006). Zumeist fehlt die aktive Unterstützung durch Lehrerinnen und Lehrer bei einem Coming-Out.

„Als größtes Problem wird genannt, dass viele Schulen sich der Herausforderung schon deshalb nicht stellen, weil sie finden, dass es sich hier um ein ‚kleines Problem‘ handelt, das nur eine Minderheit der Schülerinnen und Schüler betrifft“ (Dankmeijer, „Globale Pädagogische Zusammenarbeit für sexuelle Vielfalt“ in: van Dijk/van Driel (Hrsg.), Sexuelle Vielfalt lernen, Berlin 2008, S. 20). Zudem zeigen neuere Untersuchungen, dass LSBTI-Jugendliche mit einem Migrationshintergrund von Diskriminierungen besonders betroffen sind (vgl. Doppelt diskriminiert oder gut integriert? LSVD Hrsg., 2010, Köln).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. In welchen Bundesländern gibt es Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner (bzw. sind in Planung) an Schulen und Berufsschulen für lesbische, schwule und transsexuelle Jugendliche (bitte nach Bundesländern auflisten)?
2. Wie bewertet die Bundesregierung die bisherige Arbeit zur Akzeptanzförderung der sexuellen Vielfalt bei Jugendlichen durch Schulverwaltungen und Bildungsministerien?
3. In welchen Bundesländern gibt es Fortbildungen für Lehrkräfte zum Thema sexuelle Vielfalt (bitte nach Bundesländern und Art der Fortbildung auflisten)?
4. Welche Möglichkeiten der Hilfe und Betreuung erfahren Schülerinnen und Schüler im Coming-Out an Schulen und Berufsschulen (bitte nach Bundesländern und Art der Hilfe auflisten)?
5. Welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung diesbezüglich für die Antidiskriminierungsstelle des Bundes?
6. Wie bewertet die Bundesregierung die Darstellung von kulturellen und sexuellen Lebensweisen in den Unterrichtsmaterialien in den Bundesländern?
7. Welche spezifischen Materialien zur sexuellen Vielfalt (beispielsweise herausgegeben durch die Bildungsministerien oder Landesantidiskriminierungsstellen) stehen den Lehrkräfte in den Bundesländern zur Verfügung?
8. In welchen Bundesländern gibt es eigenständige Unterrichtseinheiten an Schulen (SEK I und SEK II) und Berufsschulen zum Themengebiet sexuelle Vielfalt (bitte nach Bundesländern auflisten)?
9. Wie schätzt die Bundesregierung die Ausbildung der Lehrkräfte im Hinblick auf die sexuelle Vielfalt ein?
10. Inwiefern werden die Schülerinnen und Schüler an Berufsschulen über die Akzeptanz der sexuellen Vielfalt in den Berufsbereichen informiert?
11. Sieht die Bundesregierung die beschlossenen Maßnahmen zu Stärkung der sexuellen Vielfalt an Berliner Schulen (vgl. Beschluss des Berliner Abgeordnetenhauses „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und sexuelle Vielfalt“ auf Bundestagsdrucksache 16/2291) als beispielhaft für andere Bundesländer an?

Wenn ja, wie unterstützt die Bundesregierung diese oder ähnliche Maßnahmen in anderen Bundesländern?

12. Wie schätzt die Bundesregierung das Klima gegenüber LSBTI-Jugendlichen an Schulen und Berufsschulen ein?
13. Ist der Bundesregierung bekannt, dass „schwul“ und „Schwuchtel“ als gängige Schimpfwörter an deutschen Schulen gebraucht werden?

Wie bewertet die Bundesregierung dies?

14. Ist der Bundesregierung bekannt, dass lesbische und schwule Jugendliche vor einem Coming-Out in der Schule bzw. der Berufsschule zurückschrecken aus Angst vor Diskriminierungen?

Wenn ja, welche Gegenmaßnahmen hält die Bundesregierung für geboten?

15. Welche Maßnahmen favorisiert die Bundesregierung um ein Klima der Akzeptanz der sexuellen Vielfalt an der Schule zu ermöglichen?

16. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung eingeleitet, um das von ihr konstatierte vierfach höhere Selbstmordrisiko bei lesbischen und schwulen Jugendlichen zu minimieren (Bundestagsdrucksache 16/4818, S. 87)?
17. Welche neueren Daten liegen der Bundesregierung zum Suizidrisiko von LSBTI-Jugendlichen vor?

Berlin, den 26. Mai 2010

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

